

# Inhaltsverzeichnis

|  |      |
|--|------|
| <i>Abkürzungsverzeichnis</i> . . . . .   | XIII |
| <i>Einleitung</i> . . . . .  | 1    |
| <i>1. Teil</i>   |      |
| Die Entwicklung der Verwaltungsgerichtsbarkeit<br>in Deutschland vor 1933  |      |
| <i>1. Kapitel: Die Entwicklung der Grundprinzipien<br/>und die unterschiedliche Ausgestaltung der Verwaltungsgerichtsbarkeit<br/>in den deutschen Ländern vor 1933</i> . . . . .   | 9    |
| <i>I. Justizstaat oder Administrativjustiz. Der ideengeschichtliche Hintergrund<br/>der Entstehung der Verwaltungsgerichtsbarkeit</i> . . . . .  | 9    |
| Die Diskussion vor 1866 und ihr historischer Hintergrund 9 – Die Bedeutung der<br>Jahre 1848/49 und 1866/67 für die Durchsetzung des Gedankens einer besonderen<br>Verwaltungsgerichtsbarkeit 14   |      |
| <i>II. Die Diskussion um die Verwaltungsgerichtsbarkeit</i> . . . . .  | 16   |
| Die Notwendigkeit der Erweiterung des Blickfeldes 16 – Otto Bähr 17 – Rudolf<br>Gneist 19 – Otto Sarwey 21 – Otto Mayer 23   |      |
| <i>III. Die unterschiedliche Ausgestaltung der Verwaltungsgerichtsbarkeit<br/>in den deutschen Ländern vor 1933</i> . . . . .  | 24   |
| Die Unterschiede in der Organisation der Verwaltungsgerichtsbarkeit 25 – Die<br>Unterschiede bei den Regelungen der Zuständigkeit der Verwaltungsgerichte 30<br>– Die Unterschiede bei der Ausgestaltung des Verfahrens vor den Verwaltungs-<br>gerichten 37 – Die Bedeutung der Unterschiede der Verwaltungsgerichtsbarkeit<br>der Länder im Hinblick auf die Errichtung eines Reichsverwaltungsgerichts 39 |      |
| <i>2. Kapitel: Die Anfänge der Verwaltungsrechtspflege des Reiches<br/>und ihr Ausbau bis zum Jahre 1933</i> . . . . .   | 41   |
| <i>I. Die Beeinflussung der Verwaltungsrechtspflege der Länder durch das Reich –<br/>Das Rekursverfahren nach der Gewerbeordnung</i> . . . . .   | 42   |

|   |     |
|---|-----|
| <i>II. Die Anfänge einer Verwaltungsgerichtsbarkeit des Reiches . . . . .</i>   | 45  |
| Das Bundesamt für das Heimatwesen (1870) 45 – Die Reichsrayonkommission (1871) 48 – Das verstärkte Reichseisenbahnamt (1873) 49 – Das Patentamt (1877) 50 – Das Oberseeamt (1877) 51 – Die Beschwerdekommission nach dem Sozialstengesetz (1878) 52 – Die Berufungskommission für die Kalindiustrie (1910) 52                         |     |
| <i>III. Die Verwaltungsrechtspflege des Reiches im Bereich des Versicherungs- und Versorgungswesens . . . . .</i>   | 53  |
| Das Reichsversicherungsamt (1884) 53 – Das Oberschiedsgericht für die Angestelltenversicherung (1911) 62 – Konzentration und Vereinfachung der Verwaltungsrechtspflege auf dem Gebiet der Sozialversicherung in der Weimarer Republik 63 – Das Reichsversorgungsgericht (1922) 66 – Das Aufsichtsamt für Privatversicherung (1901) 70 |     |
| <i>IV. Der weitere Ausbau der Reichsverwaltungsgerichtsbarkeit . . . . .</i>  | 71  |
| Der Reichsfinanzhof (1918) 71 – Das Reichswirtschaftsgericht (1920) 81 – Das Kartellgericht (1923) 92   |     |
| <i>V. Verwaltungsrechtspflege durch das Reichsgericht und durch den Bundesrat . . . . .</i>   | 97  |
| Verwaltungsrechtspflege durch das Reichsgericht 97 – Der (Kaiserliche) Disziplinarhof (1873) 98 – Das Reichsbahngericht (1924) 99 – Verwaltungsrechtspflege des Bundesrates 101   |     |
| <i>VI. Zusammenfassung: Einschätzung der Verwaltungsrechtspflege des Reiches . . . . .</i>  | 102 |

## 2. Teil

### Die Diskussion um das Reichsverwaltungsgericht bis zum Jahre 1918 und der Kampf um seine Errichtung in der Weimarer Republik

|  |     |
|--|-----|
| <i>3. Kapitel: Die Diskussion um das Reichsverwaltungsgericht bis zum Jahre 1918 . . . . .</i>   | 107 |
| <i>I. Der verfassungsrechtliche Hintergrund der Diskussion um das Reichsverwaltungsgericht im Kaiserreich . . . . .</i>  | 107 |
| <i>II. Die ersten Stellungnahmen und der Vorschlag Karl Friedrichs' . . . . .</i>  | 110 |
| Die ersten Stellungnahmen im Reichstag und in der Literatur 110 – Die Diskussion anlässlich der Beratungen des Sozialstengesetzes 113 – Albert Haenel und die weiteren Stellungnahmen in den 1890er Jahren 115 – Der Vorschlag Karl Friedrichs' 117 – Weitere Stellungnahmen vor 1910 119  |     |
| <i>III. Die Diskussion auf dem 30. Deutschen Juristentag 1910 in Danzig . . . . .</i>  | 121 |
| Das Gutachten von Schultzenstein aus dem Jahre 1908 121 – Die Gutachten von Thoma und Anschütz: Die Anerkennung des Bedürfnisses nach Errichtung eines Reichsverwaltungsgerichts 122 – Die Vorschläge zur Errichtung eines Reichsverwaltungsgerichts 125 – Die publizistische Begleitung: Laband und Schultzenstein 130 – Die Berichte von Vierhaus und Lukas und die Diskussion während des Juristentages 132 |     |
| <i>IV. Die Alternative – Ein Gerichtshof für bindende Gesetzesauslegung . . . . .</i>  | 137 |

|  | Inhaltsverzeichnis | IX |
|--|--------------------|----|
| <i>V. Der Weg zur Resolution des Reichstags vom 30. Mai 1913 . . . . .</i>   | 140                |    |
| Die Diskussion im Zusammenhang mit den Beratungen des Zuwachssteuergesetzes 140 – Der Antrag der Nationalliberalen aus dem Jahre 1912 140 – Der Antrag der Fortschrittlichen Volkspartei aus dem Jahre 1913 142  |                    |    |
| <i>VI. Die Vorarbeiten im Reichsamt des Innern . . . . .</i>   | 143                |    |
| Die Denkschrift des Reichsamts des Innern vom August 1912 144 – Die Gegen denkschrift des Präsidenten des Preußischen Oberverwaltungsgerichts vom 25. Dezember 1912 147 – Die Stellungnahmen des Reichsgerichts vom Oktober 1914 154   |                    |    |
| <i>VII. Weitere Stellungnahmen und Einschätzung . . . . .</i>  | 157                |    |
| Stellungnahmen im Reichstag 158 – Stellungnahmen in der Literatur 159 – Einschätzung der Diskussion über das Reichsverwaltungsgericht vor 1918 160   |                    |    |
| <i>4. Kapitel: Berlin oder Stuttgart? – Die Vorentwürfe eines Gesetzes über das Reichsverwaltungsgericht bis zum Gesetzentwurf vom Juli 1922 . . . . .</i>   | 161                |    |
| <i>I. Der verfassungsrechtliche Hintergrund und die Rolle des Reichinnenministeriums im Kampf um das Reichsverwaltungsgericht während der Weimarer Republik . . . . .</i>  | 161                |    |
| Entstehungsgeschichte und Auslegung des Artikel 107 Weimarer Reichsverfassung 162 – Das Reichsverwaltungsgericht nach der Weimarer Reichsverfassung 166 – Die handelnden Akteure im Reichsinnenministerium 169   |                    |    |
| <i>II. Vom Vorentwurf bis zum vorläufigen Entwurf eines Gesetzes über das Reichsverwaltungsgericht vom Juni 1921 . . . . .</i>   | 172                |    |
| Der Vorentwurf vom Dezember 1919 und der Gegenentwurf des Preußischen Staatskommissars für die Vorbereitung der Verwaltungsreform 172 – Die ersten Reaktionen der Länder 178 – Die Diskussion in der Literatur 183 – Die Haltung der Reichsregierung und der vorläufige Entwurf eines Gesetzes über das Reichsverwaltungsgericht vom Juni 1921 184 |                    |    |
| <i>III. Vom vorläufigen Entwurf zum Gesetzentwurf vom 15. Juli 1922 . . . . .</i>  | 191                |    |
| Die Stellungnahmen der Reichsressorts 192 – Die Haltung der Länder 193 – Die Diskussion des vorläufigen Entwurfs in der Literatur und der Streit um den Sitz des Reichsverwaltungsgerichts 205 – Der Weg zum Gesetzentwurf vom 15. Juli 1922 210   |                    |    |
| <i>IV. Das Schicksal des Gesetzentwurfs vom Juli 1922 . . . . .</i>  | 212                |    |
| Die Haltung Preußens 212 – Die Haltung Bayerns 215 – Das Scheitern des Gesetzentwurfs im Reichsrat 217   |                    |    |
| <i>5. Kapitel: Verwaltungssenate beim Reichsgericht – Der Gesetzentwurf vom März 1926 . . . . .</i>  | 222                |    |
| <i>I. Der neue Gedanke – Angliederung des Reichsverwaltungsgerichts an das Reichsgericht . . . . .</i>   | 222                |    |
| Das Jahr 1923: Forderungen nach Verwirklichung des Artikel 107 Weimarer Reichsverfassung und personelle Veränderungen im Reichsministerium des Innern 222 – Verwaltungssenate beim Reichsgericht: Die Entstehung des neuen Gesetzentwurfs auf Reichsebene 226 – Die Reaktion der Länder 235  |                    |    |

|   |     |
|---|-----|
| <b>II. Der preußische Gegenentwurf – Ein Spruchgericht zur Entscheidung von Meinungsverschiedenheiten zwischen den Oberverwaltungsgerichten . . . . .</b>   | 236 |
| Der preußische Vorstoß: Der Jesse-Entwurf eines Gesetzes über die Verwaltungsrechtspflege und seine Bewertung durch die Reichsregierung 237 – Die Reaktion der Länder auf den preußischen Entwurf 243 – Die Haltung der Reichsregierung – Der Entwurf eines Gesetzes zur Wahrung der Rechtseinheit 244                |     |
| <b>III. Die Erörterung in Wissenschaft und Literatur . . . . .</b>  | 248 |
| Die Tagung der Vereinigung der Deutschen Staatsrechtslehrer in Leipzig 248 – Die vom Reichsministerium des Innern angeforderten Stellungnahmen aus der Wissenschaft 252 – Die Diskussion in der Literatur 258   |     |
| <b>IV. Der Gesetzentwurf vom 9. März 1926 . . . . .</b>   | 261 |
| Die Haltung des Reichstags zum Reichsverwaltungsgericht 262 – Die Verabschiedung des Entwurfs im Reichskabinett 263 – Die Reaktionen in der Öffentlichkeit und die Diskussion des Entwurfs in der Literatur 266 – Die Stellungnahmen der Länder 269   |     |
| <b>V. Der Druck der Reichsregierung auf die Länder und erste Anzeichen für die veränderte Haltung Preußens . . . . .</b>  | 277 |
| Der Vorstoß des Reichsministeriums des Innern 277 – Die Reaktion der Länder auf den Vorstoß des Reichsministeriums des Innern und die weiteren Verhandlungen zwischen Reich und Ländern 280 – Personelle Veränderungen im Reichsministerium des Innern und das Scheitern des Gesetzentwurfs 284                       |     |
| <b>6. Kapitel: Umbildung des Preußischen Oberverwaltungsgerichts zum Reichsverwaltungsgericht – Der Gesetzentwurf vom August 1930 . . . . .</b>   | 287 |
| <b>I. Die Initiative des preußischen Innenministers und die grundsätzliche Einigung zwischen Reich und Preußen . . . . .</b>  | 288 |
| Die Wende in Preußen 289 – Die grundsätzliche Einigung zwischen Preußen und dem Reich 292   |     |
| <b>II. Die Vorbereiten auf Reichsebene und die Auseinandersetzung um die Generalklausel . . . . .</b>   | 296 |
| Die Ausarbeitung des Gesetzentwurfs durch das Reichsministerium des Innern und seine Diskussion auf Reichsebene 296 – Das Reichsverwaltungsgericht auf der Länderkonferenz vom Januar 1928 und im Reichstag 309 – Die weitere Entwicklung auf Reichsebene 312 – Der Beginn des Konflikts um den Staatsgerichtshof 315 |     |
| <b>III. Die Verhandlungen zwischen dem Reich und Preußen über den Gesetzentwurf und der Streit um die Begrenzung der Generalklausel . . . . .</b>   | 318 |
| Das neue politische Umfeld auf Reichsebene 319 – Die Reaktion Preußens auf den Gesetzentwurf 320 – Die Verhandlungen zwischen Preußen und dem Reich 324 – Der Streit um die Begrenzung der Generalklausel auf Reichsebene 331 – Die Haltung Preußens 336  |     |
| <b>IV. Der Streit um den Staatsgerichtshof und die Verhandlungen zwischen Preußen und dem Reich . . . . .</b>   | 340 |
| Die Vorgeschichte: Der Streit um die Besetzung der Stellen im Verwaltungsrat der Deutschen Reichsbahngesellschaft 341 – Der Streit über die Frage, ob der   |     |

|  |     |
|--|-----|
| Staatsgerichtshof einstweilige Verfügungen erlassen darf 347 – Exkurs: Der Streit um die einstweilige Verfügung in der Literatur und seine Folgen 355 – Der Streit um die Organisation des Staatsgerichtshofs 357 – Die übrigen Streitpunkte und die Verhandlungen zwischen Preußen und dem Reich 367  |     |
| <i>V. Die Einbringung des Gesetzentwurfs im Reichsrat und sein Scheitern . . . . .</i>   | 371 |
| Der Regierungswechsel vom März 1930 und die Einbringung des Gesetzentwurfs im Reichsrat 372 – Die Diskussion des Entwurfs in der Literatur 374 – Die Reaktion der Länder auf den Gesetzentwurf und die weiteren Verhandlungen zwischen Reich und Preußen 378 – Der Amoklauf des Reichsgerichts und das Scheitern des Gesetzentwurfs 386  |     |
| <i>Zusammenfassung: Die Gründe für das Scheitern der Pläne zur Errichtung eines Reichsverwaltungsgerichts vor 1933 . . . . .</i>   | 393 |
| <br>   |     |
| <i>3. Teil</i>   |     |
| <b>Die Verwaltungsgerichtsbarkeit des Reiches im Nationalsozialismus und die Errichtung des Reichsverwaltungsgerichts</b>  |     |
| <br>   |     |
| <i>7. Kapitel: Erosion statt Expansion – Die Verwaltungsgerichtsbarkeit des Reiches im Nationalsozialismus . . . . .</i>   | 399 |
| <i>Vorberemarkung . . . . .</i>  | 399 |
| <i>I. Die Diskussion über die Verwaltungsgerichtsbarkeit während der NS-Zeit . . . . .</i>   | 401 |
| Die Diskussion über die Berechtigung der Verwaltungsgerichtsbarkeit im Spiegel der frühen Gesetzgebung des NS-Staates 401 – Die Forderungen nach Errichtung eines Reichsverwaltungsgerichts und die Pläne zu einer rechtsrechtlichen Neugestaltung der Verwaltungsgerichtsbarkeit 414  |     |
| <i>II. Neue Spruchbehörden der Verwaltungsgerichtspflege des Reiches . . . . .</i>   | 421 |
| Das Entschädigungsgericht (1935) 421 – Die oberste Spruchstelle für Umlegungen (1936) 423 – Die oberste Spruchstelle für Wasser- und Bodenverbände (1937) 424 – Der Reichsdienststrafhof (1937) 425  |     |
| <i>III. Die Veränderungen der Verwaltungsgerichtsbarkeit des Reiches vor dem Krieg . . . . .</i>   | 429 |
| Der Reichsfinanzhof 430 – Das Reichsversicherungsamt 433 – Das Reichsversorgungsgericht 435 – Reichswirtschaftsgericht und Kartellgericht 437  |     |
| <i>IV. Die Verwaltungsgerichtsbarkeit des Reiches im Kriege . . . . .</i>  | 440 |
| Der „Führererlaß“ über die Vereinfachung der Verwaltung vom 28. August 1939 und seine Folgen für die Verwaltungsgerichtsbarkeit 440 – Der Abbau der Verwaltungsgerichtsbarkeit des Reiches durch die Maßnahmen zur „Vereinfachung der Verwaltung“ seit Herbst 1939 444 – Die Diskussion über die Zukunft der Verwaltungsgerichtsbarkeit nach Inkrafttreten der Vereinfachungsmaßnahmen vom Herbst 1939 448 |     |
| <i>8. Kapitel: Die Errichtung des Reichsverwaltungsgerichts im Jahre 1941 und die Pläne zur Umgestaltung der Verwaltungsgerichtsbarkeit . . . . .</i>  | 451 |

|   |     |
|---|-----|
| <i>I. Die Errichtung des Reichsverwaltungsgerichts . . . . .</i>  | 452 |
| Der Ausgangspunkt: Die Kriegssachschädenverordnung und das Reichskriegsschädenamt 452 – Die Vorarbeiten zur Errichtung des Reichsverwaltungsgerichts und der „Führererlaß“ vom 3. April 1941 455 – Die Errichtung und Organisation des Reichsverwaltungsgerichts 461 – Die Präsidenten des Reichsverwaltungsgerichts 463 – Die personellen Veränderungen aus Anlaß der Errichtung des Reichsverwaltungsgerichts 469 – Die Reaktionen auf die Errichtung des Reichsverwaltungsgerichts 476 – Die Gründe für die Errichtung des Reichsverwaltungsgerichts 481 |     |
| <i>II. Die Pläne zur weiteren Umgestaltung der Verwaltungsgerichtsbarkeit und zum Ausbau des Reichsverwaltungsgerichts und ihr Scheitern . . . . .</i>  | 484 |
| Die Vorschläge der sächsischen Verwaltungsrechtswahrer und die Reaktionen auf sie in der Literatur 485 – Die Bestrebungen des Reichsministeriums des Innern und ihr Scheitern 489 – Die Situation beim Reichsverwaltungsgericht 503 – Die Tätigkeit des Reichsverwaltungsgerichts im Spiegel der zeitgenössischen Literatur 504   |     |
| <i>Schlussbetrachtung: Die Bedeutung des Kampfes um ein Reichsverwaltungsgericht für die Verwaltungsgerichtsbarkeit in Deutschland . . . . .</i>  | 508 |
| <i>Anhang: Die Zuständigkeitsregelungen der Gesetzentwürfe zum Reichsverwaltungsgericht . . . . .</i>   | 511 |
| <i>Quellen- und Literaturverzeichnis . . . . .</i>  | 535 |
| <i>Personenregister . . . . .</i>   | 572 |
| <i>Sachregister . . . . .</i>   | 581 |